

RatSWD Working Paper Series

www.ratswd.de

RatSWD ■

Rat für Sozial- und
WirtschaftsDaten

198

Zum systematischen Stellenwert von Wirtschaftswachstum: Ziel, Mittel oder weder noch?

Johannes Hirata

April 2012

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Working Paper Series des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD)

Die *RatSWD Working Papers* Reihe startete Ende 2007. Seit 2009 werden in dieser Publikationsreihe nur noch konzeptionelle und historische Arbeiten, die sich mit der Gestaltung der statistischen Infrastruktur und der Forschungsinfrastruktur in den Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften beschäftigen, publiziert. Dies sind insbesondere Papiere zur Gestaltung der Amtlichen Statistik, der Ressortforschung und der akademisch getragenen Forschungsinfrastruktur sowie Beiträge, die Arbeit des RatSWD selbst betreffend. Auch Papiere, die sich auf die oben genannten Bereiche außerhalb Deutschlands und auf supranationale Aspekte beziehen, sind besonders willkommen.

RatSWD Working Papers sind nicht-exklusiv, d. h. einer Veröffentlichung an anderen Orten steht nichts im Wege. Alle Arbeiten können und sollen auch in fachlich, institutionell und örtlich spezialisierten Reihen erscheinen. Die *RatSWD Working Papers* können nicht über den Buchhandel, sondern nur online über den RatSWD bezogen werden.

Um nicht deutsch sprechenden Nutzer/innen die Arbeit mit der neuen Reihe zu erleichtern, sind auf den englischen Internetseiten der *RatSWD Working Papers* nur die englischsprachigen Papers zu finden, auf den deutschen Seiten werden alle Nummern der Reihe chronologisch geordnet aufgelistet.

Einige ursprünglich in der *RatSWD Working Papers* Reihe erschienenen empirischen Forschungsarbeiten sind ab 2009 in der RatSWD Research Notes Reihe zu finden.

Die Inhalte der *RatSWD Working Papers* stellen ausdrücklich die Meinung der jeweiligen Autor/innen dar und nicht die des RatSWD.

Herausgeber der RatSWD Working Paper Series:

Vorsitzender des RatSWD (2007/2008 Heike Solga; seit 2009 Gert G. Wagner)

Geschäftsführer des RatSWD (Denis Huschka)

Zum systematischen Stellenwert von Wirtschaftswachstum: Ziel, Mittel oder weder noch?^{*}

Johannes Hirata[†]

Zusammenfassung:

In der gegenwärtigen Debatte um die Ziele sozio-ökonomischer Entwicklung nimmt Wirtschaftswachstum eine zentrale, wenn auch umstrittene Rolle ein. Während die eine Seite Wirtschaftswachstum als etwas Erstrebenswertes betrachtet, da sie es als Voraussetzung für Vollbeschäftigung und eine Reihe anderer elementarer Güter sieht, fordert die andere Seite Nullwachstum oder gar wirtschaftliches Schrumpfen, da bereits die heutigen westlichen Lebensstile den Planeten überbeanspruchen. Diese Studie untersucht diese beiden Positionen kritisch und argumentiert, dass beide einen Fehler begehen, indem sie Wirtschaftswachstum zu einem substanziellen Ziel erheben, das es aus systematischen Gründen niemals sein kann. Da es keinen unmittelbaren, gesetzmäßigen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und den meisten substanziellen Zielen gibt, ist es auch als Mittel nicht geeignet, und es wäre nichts dadurch verloren, wenn Wirtschaftswachstum als Ziel (und auch als Mittel) ignoriert und durch substanzielle Ziele (wie Vollbeschäftigung, Stabilisierung der öffentlichen Haushalte etc.) ersetzt würde. Wenn wir die richtigen substanziellen Ziele identifiziert haben, in der Erreichung dieser Ziele (einigermaßen) erfolgreich sind und zwischen konfligierenden Zielen einen angemessenen Ausgleich gefunden haben, werden wir genau die richtige Wachstumsrate haben, egal ob sie positiv oder negativ ausfallen wird.

Keywords: economic growth, sustainable development, degrowth

JEL Classification: O1, O44, Q56

^{*} Eine frühere Version dieses Textes wurde am 8. Dezember 2011 auf der Tagung „Effizienz oder Glück“ in Münster vorgestellt. Ich danke meinen beiden Korreferenten Eric C. Meyer und Joachim Wiemeyer sowie weiteren Konferenzteilnehmern für hilfreiche Anregungen. Eine leicht angepasste Fassung dieses Textes befindet sich im Druck als Beitrag in einem von Detlef Aufderheide und Martin Dabrowski herausgegebenen Sammelband (Verlag Duncker und Humblot).

[†] Professor für Volkswirtschaftslehre, Hochschule Osnabrück, Caprivistr. 30a, 49076 Osnabrück, j.hirata@hs-osnabrueck.de.

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung	3
II. Ziele und Mittel	5
III. Gründe für Wirtschaftswachstum	7
1. Beschäftigung	7
2. Wettbewerbsfähigkeit	9
3. Verteilungsspielräume	10
4. Soziale Sicherungssysteme	13
5. Konsum	14
6. Weitergehende Gründe für Wirtschaftswachstum	16
IV. Kritik an Wirtschaftswachstum	17
1. Mangelnde Validität	17
2. Vernachlässigung von Bestandsgrößen	18
3. Ethischer Reduktionismus	18
4. Vernachlässigung von Verteilungsfragen	20
5. Verwechslung von Mittel und Ziel	21
V. Plausibilität von Wirtschaftswachstum als Ziel	22
1. Der systematische Stellenwert von Wirtschaftswachstum	26
2. Technologischer Fortschritt = Wachstum?	28
Literaturverzeichnis	30

„Wachstum ist nicht alles, das ist wahr. Aber ohne Wachstum ist alles nichts. Ohne Wachstum keine Arbeitsplätze; ohne Wachstum keine Sanierung der sozialen Sicherungssysteme; ohne Wachstum sinkender Wohlstand; ohne Wachstum werden mehr und mehr Menschen auf der Strecke bleiben.“

Angela Merkel¹

I. Einleitung

Die vorherrschende Vorstellung der Rolle von Wachstum ist mit dem voranstehenden Zitat der Bundeskanzlerin sehr gut charakterisiert: Wenige gehen so weit, Wirtschaftswachstum als das alleinige Ziel gesellschaftlicher Entwicklung zu bezeichnen (auch wenn dies nach wie vor Standard in wohlfahrtsökonomischen Fachaufsätzen ist), aber die allermeisten sehen Wirtschaftswachstum als unerlässliche Voraussetzung für gute Entwicklung an. In einer repräsentativen Umfrage aus dem Jahr 2007 stimmten in Deutschland genau dieser Aussage – „Wachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles nichts.“ – 61% der Befragten zu, während sie lediglich 16% ablehnten (der Rest blieb unentschieden).² In Deutschland wurde bereits 1967 mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz „stetige[s] und angemessene[s] Wirtschaftswachstum“ ins Pflichtenheft aller künftigen Regierungen geschrieben. Auf EU-Ebene wurde Wirtschaftswachstum ebenfalls in praktisch allen wesentlichen Verträgen als eines der übergeordneten Ziele festgelegt, so bereits im „Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ von 1951 (Art. 2), im „Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ von 1957 (Art. 2), im „Vertrag über die Europäische Union“ von 1992 (Art. G, Abs. B) sowie im Vertrag von Lissabon von 2007 (z.B. Art. 2, Abs. 3). Insbesondere in Zeiten, in denen unsere Gesellschaft unter dem Eindruck einer bedrohlichen Finanz- und Wirtschaftskrise steht, gibt es einen quasi-Konsens, dass das dringendste Ziel die Rückkehr zu Wirtschaftswachstum zu sein hat.

Diese als selbstverständlich (bzw. „alternativlos“) hingegenommene Fixierung auf Wirtschaftswachstum steht in einem auffälligen Kontrast zu einem entgegengesetzten Diskurs, der die Wünschbarkeit und z.T. auch die Möglichkeit von dauerhaftem Wirtschaftswachstum schon seit den 70er Jahren radikal in Frage stellt.³ Innerhalb dieses inzwischen auch in den wissenschaftlichen Mainstream hineinragenden Diskurses findet insbesondere

¹ Merkel (2003, S. 17-18).

² Miegel und Petersen (2008, S. 29).

³ Meadows et al. (1972); Daly (1974); Costanza und Daly (1987).

die Sichtweise zunehmenden Anklang, dass die Begrenztheit der natürlichen Umwelt auf Dauer nicht mit dem momentanen Lebensstil der westlichen Welt vereinbar ist und schon gar nicht mit dessen weiteren Wachstum und Übertragung auf den Rest der Welt.

Aktuell (2012) wird in mehreren Ländern und internationalen Organisationen die Priorisierung von Wirtschaftswachstum in Frage gestellt und über alternative Ziele und Indikatoren nachgedacht, so z.B. in Deutschland in der Enquete-Kommission des Bundestages zum Thema „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ (seit 2010)⁴, in Frankreich in der von Präsident Sarkozy eingerichteten „Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission“⁵, in der OECD unter dem Titel „better life index“⁶ oder in der Europäischen Union unter dem Motto „Beyond GDP“^{7, 8}. Auch wenn aktuell offenbar eine Häufung derartiger Initiativen zu beobachten ist, sollte nicht übersehen werden, dass es auch in den 1970er Jahren bereits eine Häufung ähnlicher Anstrengungen gab. So wurde bereits 1972 ein Gutachten für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zur „Rolle alternativer Wohlstandsindikatoren“ verfasst⁹, und in den 1990er Jahren gab es mehrere Vorschläge für korrigierte oder gänzlich neue Wohlfahrtsindikatoren (wie z.B. den „Index of Sustainable Economic Welfare“, später weiterentwickelt als „Genuine Progress Indicator“, oder auch den Human Development Index der Vereinten Nationen). Im Gegensatz zu früheren Debatten ist dieses Mal jedoch neben ökologischen Anliegen (die sich nun in erster Linie auf den Klimawandel beziehen) die Einbeziehung subjektiver Einschätzungen (insbesondere Lebenszufriedenheit) ein zentrales Thema.¹⁰ Ob die aktuellen Initiativen wirkungsvoller sein werden als die der Vergangenheit¹¹, wird sich jedoch erst noch zeigen müssen.

Auffallend ist in dieser Debatte jedoch, dass die Befürworter und die Kritiker von Wirtschaftswachstum bei aller Gegensätzlichkeit sich sehr ähnlich darin sind, dass sie fast ausnahmslos Wirtschaftswachstum als etwas Gegenständliches betrachten, als etwas an sich Gutes bzw. Schlechtes, als etwas Anzustrebendes oder zu Vermeidendes, das es verdient, in den

⁴ Siehe dazu auch die Website des RatSWD zur Enquete-Kommission: www.ratswd.de/Enquete_Kommission/index.php.

⁵ Die offizielle Bezeichnung lautete „Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“ (Stiglitz, Sen und Fitoussi 2009). Vgl. auch die kritische Analyse in Vanoli (2010).

⁶ <http://oecdbetterlifeindex.org>

⁷ www.beyond-gdp.eu

⁸ Für eine Übersicht über diese und weitere Initiativen vgl. Kroll (2011) sowie van Suntum und Lerbs (2011).

⁹ Krupp und Zapf (2011/1972).

¹⁰ Vgl. Huschka und Wagner (2010), Kassenboehmer und Schmidt (2011).

¹¹ So z.B. Kroll (2011, S. 6).

Mittelpunkt einer Konzeption guter gesellschaftlicher Entwicklung gestellt zu werden.

In dieser Untersuchung soll eben dieser Stellenwert von Wirtschaftswachstum auf den Prüfstand gestellt werden. Bevor nämlich über die Wünschbarkeit von (positivem oder negativem) Wachstum befunden werden kann, ist erst einmal grundsätzlich zu klären, ob Wirtschaftswachstum unter systematischen (und nicht inhaltlichen) Gesichtspunkten als ein Ziel (im positiven oder negativen Sinn) taugt bzw. welchen systematischen Stellenwert genau Wirtschaftswachstum sinnvollerweise einnehmen kann.

II. Ziele und Mittel

Eine Frage, die es vor der eigentlichen Untersuchung zu klären lohnt, ist diejenige nach den Anforderungen an ein übergeordnetes gesellschaftliches Ziel und nach der Abgrenzung zwischen Zielen und Mitteln. Gerade im Zusammenhang mit Wirtschaftswachstum erscheint es oftmals nicht klar zu sein, ob es in erster Linie als Ziel oder als Mittel betrachtet wird.

Als Ziel oder – synonym – Zweck *an sich* kommen nur Dinge in Betracht, die intrinsisch erstrebenswert und somit nicht, oder zumindest nicht uneingeschränkt, substituierbar sind. Je nach zugrundeliegender Wertkonzeption gibt es entweder, wie beispielsweise im normativen Hedonismus, genau ein letztes Ziel, oder aber mehrere Ziele, die nicht aufeinander reduzierbar sind. Im ersten Fall wird ein einziges Ziel als „summum bonum“ oder *dominant end*¹² deklariert, und alle anderen augenscheinlich wertvollen Dinge sind ausschließlich deshalb und in dem Maße erstrebenswert, in welchem sie zur Erreichung dieses höchsten Guts beitragen. Dies impliziert, dass bei Konflikten zwischen untergeordneten „Zielen“ (die in dieser Konzeption letztlich nur Mittel sein können) die Maximierung des übergeordneten Ziels darin besteht, die richtige Abwägung zwischen diesen untergeordneten Zielen zu treffen. Eine solche Konzeption wird bekanntermaßen insbesondere vom normativen Hedonismus und Utilitarismus Bentham'scher Prägung vertreten, der bis heute die vorherrschende Wertkonzeption der Ökonomik ausmacht, auch wenn diese sich hier und da explizit davon lossagt.

Im zweiten Fall gibt es mehrere Ziele, die alle an sich erstrebenswert sind und nicht ausschließlich – aber möglicherweise *auch* – deshalb, weil diese wiederum zu einem weiteren Ziel beitragen. Auch in einer solchen

¹² Hardie (1965, S. 279).

Konzeption ist zuweilen die Rede von einem übergeordneten Ziel – wie Glück, dem gelingenden Leben etc. –, aber dann nicht in einem ausschließenden Sinne, sondern im Sinne eines „inclusive end“¹³, das eben darin besteht, im Rahmen eines kohärenten Lebensentwurfs bzw. einer ethischen Konzeption des Guten die Erreichung mehrerer letzter Ziele zu verbinden und im Konfliktfall in aller Unbestimmtheit gegeneinander abzuwägen.¹⁴ Gegen eine derartige Konzeption mag zu sprechen scheinen, dass sie keine Kriterien für die „richtige“ Abwägung zwischen letzten Zwecken angibt oder, genauer gesagt, dass sie die Vorstellung prinzipiell ablehnt, dass diese deliberative Tätigkeit überhaupt einer deterministischen Bewertung unterzogen werden könne (was freilich nicht mit Beliebigkeit, sondern mit Unbestimmtheit gleichzusetzen ist). Genau diese Ablehnung ist es aber auch, die für die „inclusive end“-Konzeption spricht, da sie, in Aristoteles' Worten, „in jedem einzelnen Gebiet nur so viel Präzision ... verlang[t], als es die Natur des Gegenstandes zuläßt“¹⁵.

Nun kommt Wirtschaftswachstum wohl kaum als Ziel an sich in Betracht, weder als „dominant end“ noch als „inclusive end“, denn dafür müsste Wirtschaftswachstum an sich das Wesen guter gesellschaftlicher Entwicklung darstellen, was vor allem deshalb unplausibel ist, da Wirtschaftswachstum eine aggregierte Kennzahl ist und kein erfahrbares, substantielles Phänomen (s.u.). Stattdessen ist es ein Kandidat für ein *operationales Ziel*. Damit meine ich ein zwar nicht an sich wertvolles Ziel, aber eines, das so unmittelbar mit einem intrinsischen Ziel korrespondiert, dass es stellvertretend für dieses angestrebt werden kann. Im Idealfall herrscht eine strikte eins-zu-eins Korrespondenz zwischen beiden Größen, so dass von der Veränderung des operationalen Ziels immer auch eindeutig auf die Veränderung des dahinter stehenden intrinsischen Ziels geschlossen werden kann. Ein einfaches Beispiel für ein in diesem Sinne operationales Ziel wäre die Aufrechterhaltung der Körpertemperatur in der Umgebung von 36,5°C, das eng mit dem intrinsischen Ziel körperlichen Wohlbefindens korrespondiert.

Ob jeweils von einem Mittel oder Ziel die Rede ist, ist letztlich eine Frage der Perspektive. So ist beispielsweise ein Fahrrad ein Mittel, um sich fortzubewegen, und Fortbewegung in diesem Zusammenhang folglich das Ziel, aber Fortbewegung ist in Hinblick auf die Erreichung der Arbeitsstätte

¹³ Ebenda.

¹⁴ Vgl. auch John Rawls (1999/1971, S. 484, 490f).

¹⁵ Aristoteles (1998, S. 107); vgl. auch Amartya Sen (1995, S. 48-49): "... if an underlying idea has an essential ambiguity, a precise formulation of that idea must try to capture that ambiguity rather than lose it."

wiederum nur Mittel usw. Ob Fortbewegung dabei auch als *intrinsisches* Ziel angesehen wird, ist dann eine Frage der zugrundeliegenden Wertekonzeption: Im Rahmen einer „dominant end“-Konzeption ist Fortbewegung lediglich ein Mittel und nicht ein intrinsisch wertvolles Ziel, während es im Rahmen einer „inclusive end“-Konzeption durchaus gleichzeitig Mittel und Ziel an sich sein kann. Solange diese letzte Konzeption zugrunde gelegt wird, ist die Abgrenzung zwischen Mitteln und Zielen also eine graduelle Frage: z.B. können gute Leistungen in der Schule einerseits als Selbstzweck aufgefasst werden, andererseits aber auch als Mittel für die Erweiterung der beruflichen Wahlmöglichkeiten und eine Reihe weiterer Ziele, die in diesem Sinne höhergradige Ziele sind (und natürlich wiederum gleichzeitig Mittel für wiederum noch höhergradige Ziele sein können). Insofern ein Ziel nicht nur instrumentellen, sondern auch intrinsischen Wert hat, gibt es also grundsätzlich zwei voneinander weitgehend unabhängige Arten von Gründen, dieses anzustreben, nämlich intrinsische und instrumentelle Gründe.

Als operationales Ziel wären in diesem Beispiel gute Schulnoten zu verstehen, da diese mit dem dahinter stehenden Ziel guter schulischer Leistungen bzw. umfassender Bildung korrespondieren, aber eben nicht als Selbstzweck taugen. Dies wird anhand der Überlegung deutlich, dass gute Noten, die von einem korrumpierbaren Lehrer erkaufte wurden, ausschließlich instrumentellen Wert hätten. Die Sinnhaftigkeit, überhaupt gute Schulnoten anzustreben, steht und fällt also mit dem Ausmaß, in welchem diese einerseits mit dem dahinter stehenden intrinsischen Ziel korrespondieren und andererseits instrumentell für weitere Ziele sind.

III. Gründe für Wirtschaftswachstum

Die Gründe, die für das Anstreben von Wirtschaftswachstum angeführt werden, sind vielfältig. Im Folgenden sollen die wesentlichen Gründe vorgestellt und untersucht werden.

1. Beschäftigung

Das wohl bedeutsamste Argument, das für Wirtschaftswachstum ins Feld geführt wird, ist die Förderung von Beschäftigung bzw. die Reduzierung oder Stabilisierung von Arbeitslosigkeit.¹⁶ Dabei wird in der Regel argumentiert, dass Wirtschaftswachstum unmittelbar die Arbeitslosigkeit stabilisiere oder

¹⁶ So z.B. Paqué (2010, S. 189ff).

gar reduziere, oder dass es zumindest eine notwendige Voraussetzung dafür sei. Diese Sichtweise ist bei näherem Hinsehen jedoch wenig plausibel: Sicherlich gibt es einen vergleichsweise engen statistischen und sachlichen Zusammenhang zwischen diesen beiden Größen, aber es kommt einer Verwechslung von Ursache und Wirkung gleich, wenn Wirtschaftswachstum als Ursache von Beschäftigung betrachtet wird.

Wirtschaftswachstum kann ja grundsätzlich, bei Betrachtung einer geschlossenen Volkswirtschaft, aus zwei unterschiedlichen (sich gegenseitig nicht ausschließenden) Gründen stattfinden: (1) aufgrund einer Zunahme der im Laufe eines Jahres in einer Volkswirtschaft geleisteten Arbeitsstunden oder (2) aufgrund der Zunahme der Arbeitsproduktivität (Output pro Stunde geleisteter Arbeit), sei es als Folge technologischen Fortschritts, sei es als Folge eines vermehrten Einsatzes von (physischem oder Human-)Kapital. Unter der Annahme, dass die pro Jahr geleistete Arbeitszeit unverändert bleibt, wird also die Entwicklung der Beschäftigung (Zunahme, Stagnation oder Abnahme) direkt damit zusammenhängen, ob das Wirtschaftswachstum größer, genau so groß oder kleiner als das Produktivitätswachstum ausfällt. Die Kausalität verläuft jedoch nicht von Wachstum zu Beschäftigung, sondern umgekehrt: es ist ja nicht so, dass die Produktion aus heiterem Himmel zunimmt und dann bestimmte Beschäftigungseffekte hat, sondern eine Zunahme der Produktion *erfordert* einen bestimmten Einsatz an Arbeit. Zudem kann Wirtschaftswachstum ja auch Folge von Produktivitätswachstum bei gleichzeitigem Beschäftigungsabbau sein, wie das Phänomen des „jobless growth“ vor Augen führt.¹⁷ Das direkte Anstreben von Wirtschaftswachstum garantiert also keineswegs einen positiven Beschäftigungseffekt. Umgekehrt führt eine Zunahme der Beschäftigung unter normalen Voraussetzungen (kein technologischer Rückschritt, keine zunehmende Allokationsineffizienz) jedoch notwendigerweise zu Wirtschaftswachstum, so dass das direkte Anstreben von Beschäftigungszuwachs unter den üblichen Annahmen auch Wirtschaftswachstum zur Folge haben wird.

Unabhängig von der kausalen Beziehung ist festzuhalten, dass bei gegebenem Produktivitätswachstum jede Wachstumsrate vereinbar ist mit der Aufrechterhaltung von Vollbeschäftigung, wenn sich nämlich die Jahresarbeitszeit pro Person entsprechend anpasst. Auf dieses Zwischenergebnis wird weiter unten noch einmal zurückzukommen sein.

¹⁷ Genau genommen erfordert Wirtschaftswachstum, dass das Produktivitätswachstum größer ist als die Abnahme der Beschäftigung. Ich werde mich aber im Folgenden weitgehend auf die beiden einfachen Fälle beschränken (entweder konstante Beschäftigung bei zunehmender Produktivität oder zunehmende Beschäftigung bei konstanter Produktivität).

2. Wettbewerbsfähigkeit

Wirtschaftswachstum wird auch deshalb für erstrebenswert erachtet, weil es als Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft erachtet wird. Typischerweise wird jedoch nicht weiter erläutert, was unter Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft verstanden wird – was im Gegensatz zur Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens keinesfalls offensichtlich ist – und was Wettbewerbsfähigkeit letztlich erstrebenswert macht. Wenn mit Wettbewerbsfähigkeit das Erzielen von Leistungsbilanzüberschüssen gemeint ist, ist genau wie bei der Beschäftigung anzumerken, dass Wirtschaftswachstum wiederum als Konsequenz und nicht als Ursache anzusehen ist. Ein Land wird ja nicht deshalb mehr exportieren, weil es Wirtschaftswachstum erfahren hat, sondern im Gegenteil eher weniger, da eine Zunahme der Binnennachfrage dazu führt, dass tendenziell ein größerer Anteil der Binnenproduktion als vorher im Inland verkauft und auch mehr Güter importiert werden.¹⁸ Darüber hinaus ist es aufgrund der inneren Logik der Zahlungsbilanz nur kurz- und mittelfristig möglich, Leistungsbilanzüberschüsse zu erzielen, und zwar genau in dem Maße, in dem andere Länder gleichzeitig Leistungsbilanzdefizite ausweisen, da global gesehen jedem Euro Leistungsbilanzüberschuss des einen Landes ein Euro Leistungsbilanzdefizit eines anderen Landes gegenübersteht (abgesehen von der Vermögensübertragungsbilanz, die in diesem Zusammenhang vernachlässigbar ist).¹⁹ Wettbewerbsfähigkeit in diesem Sinne wäre also keine verallgemeinerbare Strategie und kann daher nicht grundsätzlich als erstrebenswert gelten.

Verallgemeinerbar wäre allerdings das Ziel, ein Leistungsbilanzdefizit zu vermeiden. Makroökonomisch betrachtet ist die Leistungsbilanz aber zunächst völlig unabhängig vom Bruttoinlandsprodukts (BIP) und dessen Wachstum. Stattdessen hängt sie ab von der Verhältnismäßigkeit von Arbeitsproduktivität, Lohnniveau und Wechselkurs, also von den zu Markt-Wechselkursen umgerechneten Lohnstückkosten. Auch ein Land, in dem die Arbeitsproduktivität und damit das BIP nicht zunimmt, kann auf Dauer eine ausgeglichene Leistungsbilanz haben, nämlich dann, wenn das reale Lohnniveau konstant bleibt. Dies folgt unmittelbar aus der Ricardianischen Einsicht, dass jedes Land im internationalen Handel einen komparativen Vorteil besitzt, unabhängig von seiner absoluten Produktivität. Mikroökonomisch betrachtet würde eine Aufrechterhaltung des

¹⁸ Krugman und Obstfeld (2006, S. 555).

¹⁹ Ebenda (S. 381ff).

makroökonomischen Status quo inmitten einer dynamischen Weltwirtschaft möglicherweise jedoch ständige Anpassungen und technologische Fortschritte in bestimmten Bereichen erfordern, da beispielsweise Autos, die sich immer weiter vom aktuellen technischen Standard entfernen, irgendwann schlicht unverkäuflich sind. Wenn aus diesem technologischen Fortschritt Wirtschaftswachstum entsteht, wäre dies jedoch wiederum als Folge und nicht als Ziel zu verstehen.

Sofern Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften als Wirtschaftskraft verstanden wird²⁰, also als eine Frage des pro-Kopf Einkommens, ist die Behauptung, dass Wirtschaftswachstum zu Wettbewerbsfähigkeit führe, natürlich tautologisch, da damit de facto gesagt würde, dass eine Zunahme des pro-Kopf-Einkommens eine Zunahme des pro-Kopf-Einkommens erfordert.

3. Verteilungsspielräume

In einer Gesellschaft, in der Forderungen nach einer finanziellen Besserstellung der unteren Einkommensgruppen erhoben werden, ermöglicht es Wirtschaftswachstum, dieses Ziel zu erreichen, ohne eine andere Gruppe finanziell schlechter zu stellen. Anstatt im Rahmen eines Nullsummenspiels Einkommen einfach auf Kosten der einen Gruppe umzuverteilen, können dank Wirtschaftswachstum in einer win-win-Situation alle Einkommensgruppen finanziell besser gestellt werden, wobei je nach Zielsetzung durch eine entsprechende asymmetrische Verteilung der Gewinne aus Wirtschaftswachstum gegebene verteilungspolitische Ziele erreicht werden könnten. Der entscheidende Aspekt dieser Möglichkeit wird dann, z.B. von Benjamin Friedman²¹, darin gesehen, dass die stetige Zunahme der Einkommen aller Einkommensgruppen sozialen Unfrieden verhindern kann und zu politischer Stabilität und zivilisatorischem Fortschritt verhilft.

Dieses Argument ist zwar zunächst sehr plausibel, beruht aber auf einer Reihe von fragwürdigen Voraussetzungen. So bringt Wirtschaftswachstum zwar grundsätzlich das Potenzial mit sich, die Einkommen der unteren Einkommensschichten überproportional anzuheben und die Einkommensschere zu schließen, aber wenn nicht bereits die konkrete Ausprägung des Wachstums zu einer entsprechenden Anpassung der Verteilung der Primäreinkommen (also vor Steuern und Transfers) führt, ist für die entsprechende Anpassung der Verteilung der Sekundäreinkommen

²⁰ So offenbar Porter (1998).

²¹ Friedman (2005).

(nach Steuern und Transfers) eine nicht nur absolut sondern auch relativ immer höhere Steuer- und Abgabenlast der Bezieher überdurchschnittlicher Einkommen notwendig. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass die Bereitschaft für höhere relative Belastungen langfristig zunehmen wird, insbesondere nicht aufgrund der Einsicht, dass das eigene Sekundäreinkommen trotz zunehmender relativer Belastung immer noch höher ist als in der Vergangenheit. Erfahrungsgemäß spielt bei der Beurteilung der Angemessenheit der steuerlichen Belastung des eigenen Einkommens der Vergleich mit dem Netto-Realeinkommen der Vergangenheit, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle – entscheidend dürfte der Vergleich mit dem aktuellen Brutto-Einkommen und an zweiter Stelle mit der steuerlichen Belastung der anderen Mitglieder der Gesellschaft sein.

Selbst wenn zwecks Kompensation der Verlierer eine zunehmende Belastung der Gewinner des Wirtschaftswachstums stattfände, würde eine immer weitere Erhöhung der Transfers hin zu Erwerbslosen bzw. zu den Beziehern niedriger Einkommen problematische Anreizeffekte zur Folge haben (Problem der Aufrechterhaltung des Lohnabstandsgebots) und auch das Problem der Stigmatisierung durch den Empfang von Transferleistungen verschärfen, da diese immer größer ausfallen. Beides spricht dagegen, dass Wirtschaftswachstum in der Realität als win-win-Prozess (in Hinblick auf das Einkommen) stattfinden wird, wenn nicht bereits die unmittelbare Wirkung auf die Primäreinkommen ausgeglichen ist. In der Tat kann die Entwicklung der Einkommensverteilung in den USA seit den siebziger Jahren und in Deutschland seit den neunziger Jahren zu einem guten Teil als Folge dieser Schwierigkeit verstanden werden, jeder Gruppe ein größeres Stück eines asymmetrisch wachsenden Kuchens zukommen zu lassen. Das bedeutet, dass nicht Wirtschaftswachstum *an sich* die Annäherung an Verteilungsziele erlaubt, sondern lediglich Wirtschaftswachstum, das von vornherein (also in Bezug auf die Primäreinkommen) bestimmte Verteilungseffekte mit sich bringt.

Darüber hinaus wird selbst ein allgemeiner, gleichförmiger Anstieg aller Einkommen nur insofern einen positiven Effekt auf die Bezieher geringer Einkommen haben, als deren Lebensqualität (bzw. Lebenszufriedenheit) von ihrem absoluten Lebensstandard abhängt. Vieles spricht jedoch dafür, dass die Lebenszufriedenheit mehr vom relativen Lebensstandard (also von der Höhe des eigenen Lebensstandards in Bezug auf den Lebensstandard des

Rests der Gesellschaft) als vom absoluten Lebensstandard abhängt²². Das würde bedeuten, dass die symmetrische Zunahme aller Einkommen – so schwierig diese auch zu erreichen wäre – zwar in Hinblick auf die Einkommenshöhe eine win-win-Situation darstellt, aber in Hinblick auf die Lebenszufriedenheit lediglich ein Nullsummenspiel.²³ Aus dem gleichen Grund dürfte auch die Hoffnung enttäuscht werden, dass Wirtschaftswachstum zu weniger Bedürftigkeit führen würde²⁴, da die Bedürfnisse eben weitgehend mit dem von der Gesellschaft vorgelebten Lebensstandard zunehmen.

Ein zentrales Argument Benjamin Friedmans verweist auf das psychologische Phänomen, dass Menschen ihre Lebenssituation in Abhängigkeit von Vergleichswerten aus ihrer eigenen Vergangenheit sowie aus ihrem Umfeld beurteilen²⁵. Während es natürlich nicht möglich sei, dass es allen besser geht als dem Durchschnitt, sei es dank Wirtschaftswachstum sehr wohl möglich, dass es zu jedem Zeitpunkt allen in Bezug auf ihre eigene Vergangenheit besser geht, was dann gewissermaßen dafür entschädige, dass nicht jeder an allen anderen vorbeiziehen kann. Auch wenn dieser Schlussfolgerung zuzustimmen ist, ist damit aber nicht gezeigt, dass Wirtschaftswachstum hierfür erforderlich ist. Zwar ist Wirtschaftswachstum eine mögliche Komponente für eine derartige Strategie, aber das gleiche Ziel kann, wenn auch in etwas geringerem Ausmaß, auch damit erreicht werden, dass die finanzielle Situation jedes Einzelnen *im Laufe des individuellen Lebenszyklus* immer besser wird, wofür lediglich eine – bereits jetzt (bzw. noch weitgehend) übliche – steigende Einkommensgestaltung über den Lebenszyklus notwendig ist.

Ebenfalls dürfte in diesem Zusammenhang die *Erwartung* an das Wirtschafts- bzw. Einkommenswachstum eine bedeutsame Rolle spielen. Wenn die finanzielle Frustration nämlich nicht davon abhängt, ob der eigene Lebensstandard im Zeitverlauf zunimmt, sondern davon, ob und wie weit er hinter den Wachstumserwartungen zurückbleibt, dann ist auch in diesem Sinne wirtschaftliche Stagnation ein weitgehend zirkuläres Problem, dass erst durch die Hervorbringung von Wachstumserwartungen überhaupt entsteht, oder zumindest verstärkt wird.

²² Layard (1980); Frank (1997).

²³ Vgl. die Anmerkungen weiter unten im letzten Abschnitt von Teil IV.

²⁴ So Paqué (2010, S. 207).

²⁵ Friedman (2005, S. 81).

4. Soziale Sicherungssysteme

Neben dem Anstieg der Einkommen der Haushalte wird auch oft erwartet, dass Wirtschaftswachstum die sozialen Sicherungssysteme und die öffentlichen Haushalte auf eine bessere finanzielle Grundlage stellt. Auch dieses Argument leuchtet zunächst unmittelbar ein angesichts angespannter öffentlicher Haushalte, rapide steigender Kosten im Gesundheitssystem sowie der relativ zum Durchschnittseinkommen sinkenden Auszahlungen der umlagefinanzierten Rente.²⁶ Solange die Steuer- bzw. Beitragssätze unverändert bleiben, wird Wirtschaftswachstum natürlich zu einer ungefähr proportionalen Zunahme der entsprechenden Einnahmen führen (auch bei Ausschaltung der sogenannten „kalte Progression“).

Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, dass die tatsächlichen Ausgabensteigerungen dieser Systeme zu einem beträchtlichen Teil wiederum von der Einkommensentwicklung und damit vom Wirtschaftswachstum abhängen. So sind ja z.B. die Rentenansprüche aus gutem Grund – nämlich ganz offensichtlich aus Einsicht in die Relativität von Wohlstand – jeweils an die Entwicklung der Löhne gekoppelt (in Deutschland sogar exakt proportional – ceteris paribus – in der sogenannten Rentenformel), und die Kosten im Gesundheitssystem sowie im öffentlichen Dienst hängen natürlich langfristig ebenfalls entscheidend davon ab, wie schnell das allgemeine Einkommensniveau steigt. Da die Kosten gerade in diesen beiden Bereichen (Gesundheit und öffentlicher Dienst) von Dienstleistungen mit geringem Potenzial für Produktivitätssteigerungen dominiert sind, wird Wirtschaftswachstum verhältnismäßig stark auf diese Kosten durchschlagen, so dass der Entlastungseffekt von Wirtschaftswachstum auf diese Kassen zu einem erheblichen Teil konterkariert würde. Im Übrigen ist auch eine kapitalbildende Altersvorsorge im gleichen Maße von dieser Dynamik betroffen, da – wie man von jedem Versicherungsberater zu Recht zu hören bekommt – die subjektiven Ansprüche an die Altersvorsorge mit dem in der Gesellschaft vorherrschenden Lebensstandard steigen und Wirtschaftswachstum somit höhere Beiträge erforderlich macht.

In Bezug auf die Ausgaben im Gesundheitswesen ist jedoch noch der spezifische Effekt zu berücksichtigen, dass medizinische Innovationen offenbar unterm Strich einen kostensteigernden Effekt haben, wobei diese aus ethischen bzw. politischen Gründen niemandem vorenthalten werden

²⁶ Dieses Argument wird offenbar als derart einleuchtend empfunden, dass oftmals nicht einmal weiter begründet wird, weshalb Wirtschaftswachstum z.B. „das Rentensystem fair und finanzierbar mach[t]“ (Paqué 2010, S. 173).

(können).²⁷ Dieser Teil des Arguments ist offenbar nicht zirkulär, sondern weist auf einen zunehmenden Finanzbedarf hin, der auch ohne wirtschaftliches Wachstum eintreten würde. Bei wirtschaftlicher Stagnation würde daraus freilich ein Rückgang des für Konsum und/oder andere Zwecke zur Verfügung stehenden Einkommens resultieren (aber nicht unbedingt ein Rückgang des Lebensstandards, da ja die Verbesserung der medizinischen Versorgung den Rückgang des Konsums kompensieren dürfte). Andererseits würde Wirtschaftswachstum in einer Höhe, die gerade ausreicht, um die Kostensteigerung im Gesundheitswesen zu kompensieren, nicht zu einer Erhöhung der Nettolöhne führen (da ja dann der Anstieg der Krankenkassenbeiträge plus eventueller Zunahmen von Selbstbeteiligungen etc. den Anstieg der Bruttolöhne vollständig aufzehren würde). Wer also Wirtschaftswachstum mit diesem Argument einfordert, muss dazu sagen, dass dieses Wachstum nicht auf die Nettolöhne und das Konsumniveau durchschlagen wird und dass es die Bereitschaft zu einer größeren relativen Abgabenlast voraussetzt.

5. Konsum

Interessanterweise wird die Zunahme des Konsumniveaus an sich nur selten als positiver Aspekt von Wirtschaftswachstum genannt (wohlgemerkt für Industrieländer), obwohl dieser Effekt derjenige ist, der am unmittelbarsten mit Wirtschaftswachstum zusammenhängt: bei gleichbleibender Bevölkerungsgröße bedeutet Wirtschaftswachstum ja eine Zunahme der pro Person erzielten Produktion, so dass prinzipiell eine ebenso große Zunahme des durchschnittlichen Konsums möglich wird. Umgekehrt ist eine Zunahme des mittleren Konsumniveaus (zumindest langfristig) nicht denkbar ohne Wirtschaftswachstum, ist also in diesem Sinne systematisch untrennbar abhängig von Wirtschaftswachstum. Mit anderen Worten: Wirtschaftswachstum ist tatsächlich eine notwendige Voraussetzung für eine dauerhafte Zunahme des Konsumniveaus. Dies steht im Gegensatz zu allen anderen bisher angeführten Vorteilen von Wirtschaftswachstum, die nicht systematisch von Wirtschaftswachstum abhängig sind, sondern prinzipiell auch mit anderen Mitteln erreicht werden können.

Die Tatsache, dass eine Zunahme des durchschnittlichen materiellen Wohlstands selten als Argument für Wirtschaftswachstum in Industrieländern angeführt wird, mag die Einschätzung widerspiegeln, dass das mittlere Konsumniveau bereits jetzt so hoch ist, dass eine weitere Zunahme nicht

²⁷ Vgl. ebenda (S. 179).

vordringlich ist. Defizite im Lebensstandard werden hierzulande auch von den Befürwortern von Wirtschaftswachstum so gut wie ausschließlich bei denjenigen diagnostiziert, die (bezogen auf die Haushaltsgröße) mit unterdurchschnittlich wenig Geld auskommen müssen.

In einem etwas anderen Sinne spielt Konsum aber doch wieder eine Rolle, nämlich in Form des Arguments, dass ohne Wirtschaftswachstum ein Rückgang des Wohlstands drohe und Wirtschaftswachstum somit eine Voraussetzung dafür sei, das heutige Konsumniveau zu halten.²⁸ Hintergrund dieser Argumentation ist üblicherweise die Prognose, dass ein zunehmender Anteil der Wirtschaftsleistung für andere Dinge als Konsum aufgewendet werden muss (z.B. medizinische Behandlungen, Alten- und Krankenpflege, Abtragen von Schulden). Für die Berechtigung des Ziels der Aufrechterhaltung des Wohlstands spricht wiederum das bereits weiter oben angesprochene Argument Friedmans, dass aufgrund des Vergleichs mit der Vergangenheit ein materieller Rückschritt die empfundene Lebensqualität stark beeinträchtigt und unter Umständen zu eskalierenden Verteilungskämpfen und sozialen Verwerfungen führen kann.

Es bleibt jedoch die Frage, ob bzw. warum das heutige Wohlstandsniveau ohne Wachstum zu sinken droht und inwiefern Wachstum das abwenden kann. Dieser Frage kann hier nicht im Einzelnen nachgegangen werden, aber auch hier scheinen die oben angedeuteten zirkulären Argumente eine bedeutsame Rolle zu spielen, da die Bedrohung des Wohlstands insbesondere im Finanzbedarf der sozialen Sicherungssysteme gesehen wird, der wiederum selbst, wie oben erläutert, durch Wirtschaftswachstum zunimmt. Damit ist nicht unbedingt gesagt, dass unser Wohlstand ohne Wirtschaftswachstum nicht bedroht ist, aber es steht zu befürchten, dass Wirtschaftswachstum eine derartige Bedrohung nicht oder nur in einem viel geringeren als dem erhofften Ausmaß abwenden könnte.

Darüber hinaus ist es denkbar, dass eine Gesellschaft, deren Lebensstandard stagniert, während andere Gesellschaften an ihr vorbeiziehen, dieses relative Zurückfallen als „Demütigung“²⁹ empfindet. In dem Maße, in dem es einen solchen internationalen Relativeinkommen-Effekt gibt³⁰, ist es sicherlich wichtig, diese Reaktion ernstzunehmen.

²⁸ Vgl. das vorangestellte Zitat Angela Merkels.

²⁹ Paqué (2010, S. 32).

³⁰ Der Relativeinkommen-Effekt wird weiter unten noch einmal aufgegriffen.

6. Weitergehende Gründe für Wirtschaftswachstum

Über diese im engeren Sinne wirtschaftlichen Folgen hinaus lassen sich noch weitere Gründe denken, die für Wirtschaftswachstum sprechen. In einer nicht verallgemeinerbaren, nationalen Perspektive ist Wirtschaftswachstum auch deshalb wünschenswert, da die Wirtschaftskraft eines Landes mitentscheidend ist für dessen geopolitisches Gewicht und militärische Verteidigungsfähigkeiten. Dies lässt sich aktuell gut an der Konkurrenz zwischen den USA und China beobachten, bei der die USA wohl berechtigterweise befürchten, dass China mit seiner rapide zunehmenden Wirtschaftskraft in Hinblick auf das geopolitische Gewicht in absehbarer Zeit mit den USA gleichziehen oder diese gar überholen wird. Auch wenn hier global betrachtet natürlich ein Nullsummenspiel bzw. ein Gefangenendilemma vorliegt, ist es nachvollziehbarerweise im Interesse jedes einzelnen Landes, sich möglichst effektiv verteidigen zu können und ein möglichst großen geopolitischen Einfluss zu erlangen. Möglicherweise würde diese Überlegung in der Realität einen der größten Widerstände gegen eine Abkehr von Wirtschaftswachstum darstellen.

Des Weiteren wird zuweilen und mit Hinweis auf historische Daten argumentiert, dass Wirtschaftswachstum auch zu kultureller Blüte führt, offenbar weil erst bei einem gewissen Wohlstand ein breiteres Interesse an Kunst entsteht.³¹ Es erscheint jedoch gewagt, aus einer Handvoll historischer Daten einen derartigen kausalen Zusammenhang herzustellen und zu extrapolieren. Es stellt sich wiederum die Frage, ob Wirtschaftswachstum ursächlich dafür verantwortlich ist, dass eine Gesellschaft der Kunst größere Aufmerksamkeit und mehr Ressourcen zur Verfügung stellt, oder ob es die Abwesenheit wirtschaftlicher Not und Verunsicherung ist, was nicht von vornherein in Konflikt mit wirtschaftlicher Stagnation stehen muss. In Bezug auf aktuelle Entwicklungen stellt sich auch die Frage, weshalb trotz anhaltenden Wirtschaftswachstums immer weniger Mittel für Konzerthäuser und wissenschaftliche Orchideenfächer zur Verfügung stehen und stattdessen Entscheidungsprozesse von Grundschullehrplänen bis hin zu Forschungsanträgen von Wirtschaftlichkeitsanforderungen in einer Art und Weise dominiert werden, die noch vor wenigen Jahren unvorstellbar gewesen wäre.

³¹ Paqué (2010, S. 32).

IV. Kritik an Wirtschaftswachstum

Die Kritik daran, Wirtschaftswachstum als übergeordnetes gesellschaftliches Ziel anzustreben, ist vielfältig, und je nach Stoßrichtung ergeben sich unterschiedliche Implikationen. Dabei bewegen sich die verschiedenen Ansätze auf unterschiedlichen Ebenen – manche kritisieren lediglich operationale Defizite, während andere fundamentale konzeptionelle Unzulänglichkeiten sehen – und sind teilweise nicht miteinander vereinbar. Es ist daher wichtig, die unterschiedlichen Kritikpunkte voneinander abzugrenzen.

1. Mangelnde Validität

Der wohl am wenigsten umstrittene Kritikpunkt an der Eignung von Wirtschaftswachstum bezieht sich auf die begrenzte Validität von Wirtschaftswachstum als Indikator für die Mehrung des Wohlstands. Es wird also kritisiert, dass das gemessene Wirtschaftswachstum durch Faktoren beeinflusst wird, die nicht als Wohlstandsmehrung gelten können, bzw. dass es *nicht* durch Faktoren beeinflusst wird, die sehr wohl Wohlstandsmehrung implizieren. So hat die innerhalb von Haushalten unentgeltlich verrichtete Arbeit sowie ehrenamtliche Arbeit keinen Einfluss auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP), obwohl diese Art von Arbeit natürlich prinzipiell genauso zur Wohlfahrt beiträgt wie bezahlte Arbeit auch. Andererseits fließen auch defensive Ausgaben – beispielsweise die mit der Bekämpfung einer Ölkatastrophe verbundenen Kosten – in das BIP mit ein, obwohl diese „Wertschöpfung“ lediglich zur Reparatur eines (menschengemachten) Schadens führt, ohne unterm Strich den Wohlstand zu mehren. Diese Defizite werden durchgehend auch von den Befürwortern von Wirtschaftswachstum anerkannt, so dass die Differenzen letztlich in der Einschätzung der Größenordnung bzw. der Bedeutung dieser Ungenauigkeit für politische Entscheidungen bestehen.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die häufig aufgestellte Behauptung, eine Ölkatastrophe (oder ein Autounfall etc.) führe zu einem *Anstieg* des BIP, so nicht richtig ist, da davon auszugehen ist, dass nicht mehr produziert wird als es sonst der Fall wäre, sondern dass die zur Bekämpfung der Ölpest geleistete Arbeit andere Formen der Produktion ersetzt. Nur wenn aufgrund der Ölpest insgesamt mehr gearbeitet würde, kann davon gesprochen werden, dass die Ölpest der *Auslöser* für einen Anstieg des Wachstums ist, auch wenn die *Ursache* in der Tatsache zu sehen ist, dass die Bekämpfung der Ölpest insgesamt zu einer Zunahme der in der

Volkswirtschaft geleisteten Arbeitsstunden³² geführt hat (anstatt lediglich zu einer Reallokation von Arbeitszeit). Die Kritik bleibt zwar berechtigt, aber sie ist korrekterweise so zu formulieren, dass die von der Ölpest verursachten Schäden fälschlicherweise nicht negativ in die Ermittlung des BIP eingehen.

2. Vernachlässigung von Bestandsgrößen

Eine ähnliche Kritik richtet sich dagegen, dass das BIP eine Stromgröße ist und das Wirtschaftswachstum folglich nur die Veränderung eines Stroms (Produktion pro Jahr) misst, während Veränderungen des zugrunde liegenden Kapitals keinen Eingang in das BIP finden. Ein hohes Wirtschaftswachstum kann also möglicherweise dadurch zustande kommen, dass z.B. natürliche Ressourcen wie Erdölvorkommen, bedeutende Biotope oder die temperaturregulierende Kapazität der Atmosphäre immer schneller vernichtet bzw. beeinträchtigt werden. Da diese Art von Wirtschaftswachstum das Potenzial für zukünftigen Wohlstand untergräbt, taugt es ebenfalls nicht als Ziel gesellschaftlicher Entwicklung.

Allerdings sind diesen kapitalvernichtenden Tendenzen der realen wirtschaftlichen Entwicklung konsequenterweise auch die kapitalschaffenden Tendenzen gegenüberzustellen. So gibt es in bestimmten Bereichen dank Wirtschaftswachstum auch absolute Verbesserungen der Umwelt zu verzeichnen (insbesondere in Bezug auf Luft- und Wasserverschmutzung), und auch die Zunahme von Wissen (in Form von technologischem Fortschritt) und von physischer Infrastruktur sowie die Weiterentwicklung von Institutionen (einschl. Gesetzgebung, Rechtsprechung) etc. ist gegebenenfalls positiv zu berücksichtigen. Ob unterm Strich die positiven oder die negativen Tendenzen überwiegen, wäre natürlich äußerst schwierig und nur annäherungsweise abzuschätzen, aber prinzipiell liefe es lediglich auf die Frage der korrekten Verrechnung zwischen unterschiedlichen Formen von Kapital hinaus.

3. Ethischer Reduktionismus

Kritiker weisen den Hinweis auf mögliche positive Konsequenzen von Wirtschaftswachstum auf bestimmte Bestandsgrößen häufig zurück, indem sie die Verrechnung von unterschiedlichen Formen von Kapital bzw. Strömen grundsätzlich ablehnen. Diese Frage, die für gewöhnlich als Frage der

³² Der Einfachheit halber soll hier davon ausgegangen werden, dass alle geleisteten Arbeitsstunden die gleiche Produktivität aufweisen.

Substituierbarkeit bzw. Kommensurabilität von verschiedenen Arten von Werten artikuliert wird, ist schon in den 90er Jahren zu einem zentralen Problem der Nachhaltigkeitsdebatte und zum Unterscheidungsmerkmal zwischen einer schwachen und einer starken Konzeption von (ökologischer) Nachhaltigkeit geworden: In der schwachen Konzeption von Nachhaltigkeit wird Kommensurabilität bejaht und Nachhaltigkeit somit zu einer Frage der Aufrechterhaltung des Gesamtwerts aller Formen von Kapital.³³ Prinzipiell ist in dieser Konzeption ein Verlust natürlichen Kapitals in beliebiger Größe nicht problematisch, solange diesem Verlust ein mindestens ebenso großer Zugewinn an z.B. technologischem Fortschritt gegenübersteht. Dies impliziert natürlich, dass alles, was in irgendeiner Form wertvoll ist, auf einen eindimensionalen Wert reduziert werden kann, sei es ein Schweißroboter, eine bedrohte Tierart oder die Achtung der Menschenrechte.

In der starken Konzeption von Nachhaltigkeit hingegen wird natürliches Kapital als nur begrenzt oder gar nicht substituierbar angesehen und die Möglichkeit der Verrechnung von natürlichem Kapital mit anderen Formen folglich abgelehnt.³⁴ Stattdessen ist in dieser Sichtweise der Umgang mit natürlichem Kapital bestimmten Prinzipien zu unterwerfen, so dass natürliches Kapital unbedingt nachhaltig zu bewirtschaften ist, unabhängig davon, ob andere Formen von Kapital zunehmen oder nicht.

Aus Sicht der starken Konzeption von Nachhaltigkeit würde Wirtschaftswachstum also auch nicht dadurch zu einem besseren Indikator werden, dass die geldwerte Zunahme des BIP um die Veränderung des natürlichen Kapitals (und ggf. weiterer Kapitalarten) korrigiert wird. Vielmehr ist aus dieser Sicht Wirtschaftswachstum deshalb ein ungeeignetes Ziel, weil es eine irreduzibel mehrdimensionale Wertevielfalt auf eine einzige Größe reduziert.

Auch wenn die Teilnehmer dieser Debatte den Unterschied zwischen ihren Positionen als eine Frage von (In-)Kommensurabilität unterschiedlicher Werte verstehen, drängt sich aus einer ethischen Perspektive der Eindruck auf, dass es den Beteiligten eigentlich um die Abgrenzung zwischen einer deterministisch-utilitaristischen (schwache Nachhaltigkeit) und einer im Wesentlichen unbestimmt-deontologischen (starke Nachhaltigkeit) Konzeption des Guten geht (die wiederum als „dominant end“ bzw. „inclusive end“-Konzeptionen aufgefasst werden können). Dabei wird die letzte Position in den meisten Fällen nur ansatzweise schlüssig expliziert,

³³ Neumayer (2003, S. 1).

³⁴ Ebenda.

offenbar weil ihre Befürworter (in der Mehrzahl wohlfahrtsökonomisch geschulte UmweltökonomInnen) immer noch unbewusst einem utilitaristischen Paradigma verhaftet sind und meinen, ihre Intuitionen innerhalb der utilitaristischen bzw. wohlfahrtsökonomischen Binnenlogik begründen können zu müssen, was dann aber nicht widerspruchsfrei gelingen kann³⁵.

Ohne diesen Befund an dieser Stelle weiter ausführen zu können, kann hier festgehalten werden, dass in der Kritik am Wachstums-Reduktionismus normative Überzeugungen und nicht positive Argumente entscheidend sind, wobei es jenseits utilitaristischer Prämissen durchaus gute Gründe gegen eine rein konsequentialistisch gedachte Abwägung zwischen uneingeschränkt kommensurablen Gütern geben kann.

4. Vernachlässigung von Verteilungsfragen

In eine ähnliche Richtung zielt die Kritik, dass Wirtschaftswachstum auch mit einer ausgeprägten bzw. zunehmenden Einkommensungleichverteilung einhergehen kann. Diese Kritik kann sehr unterschiedlich motiviert sein: auch und gerade innerhalb einer utilitaristischen Wohlfahrtskonzeption folgt aus dem Prinzip des abnehmenden Grenznutzens des Einkommens (ein zusätzlicher Euro stiftet einer armen Person mehr Nutzen als einer reichen) unmittelbar, dass „das größte Glück der größten Zahl“ eine Umverteilung von oben nach unten innerhalb der Einkommenspyramide erfordert, auch wenn dieses Ziel aufgrund der auch zu berücksichtigenden Anreizeffekte und anderer „Nebenwirkungen“ keine absolute Gleichverteilung impliziert.

Andererseits kann die Forderung nach der Berücksichtigung von Verteilungseffekten genauso gut aus einer deontologischen Perspektive erhoben werden, insbesondere dann, wenn denjenigen am unteren Ende der Einkommensverteilung ein moralisches Recht auf eine bessere Entlohnung zugesprochen wird, unabhängig von den Konsequenzen davon für einen gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrtsindikator.

Diese Kritik ist wohl gemerkt keine Kritik an Wirtschaftswachstum an sich, sondern lediglich eine Kritik an der ausschließlichen Orientierung an Wirtschaftswachstum ohne Berücksichtigung von Verteilungseffekten. Prinzipiell lässt dieser Ansatz offen, ob unter der Voraussetzung, dass unerwünschte Verteilungseffekte vermieden werden können, (maximales) Wirtschaftswachstum erstrebenswert ist, aber einige Vertreter dieser Kritik

³⁵ Siehe z.B. die wenig überzeugenden Kunstgriffe in Costanza und Daly (1987, insbes. S. 5).

(wie z.B. Gewerkschaften) sprechen sich klar für Wirtschaftswachstum als Bedingung für die Erreichung von Verteilungszielen aus.

5. Verwechslung von Mittel und Ziel

Eine grundsätzlichere Kritik an der Orientierung an Wirtschaftswachstum argumentiert, dass mit Wirtschaftswachstum lediglich ein kleiner Ausschnitt dessen in den Blick genommen werde, was ein gutes Leben ermöglichen kann. Auch wenn der materielle Lebensstandard nicht unwichtig sei, sei er doch nur eine von mehreren Voraussetzungen bzw. Mitteln für ein gutes Leben. Für die umfassende Bewertung der Güte einer Gesellschaft wäre es aber selbstverständlich notwendig, nicht ausschließlich auf eines von mehreren *Mitteln* zu fokussieren, sondern auf eine oder mehrere Größen, die *intrinsisch* wertvoll sind und in erster Linie als intrinsisch wertvolles Ziel denn als Mittel zu betrachten sind.

Ein besonders weit entwickelter Ansatz in diesem Sinne ist der Fähigkeiten-Ansatz von Martha Nussbaum³⁶ und Amartya Sen³⁷, der nicht auf die materiellen Voraussetzungen für ein gutes Leben abstellt, sondern auf das Ergebnis wirtschaftlicher Prozesse in Form von realen Freiheiten, also der Fähigkeit, wertgeschätzte Tätigkeiten tun oder lassen zu können. Für diese Sichtweise spricht unter anderem, dass die Bewertung nicht auf über den Markt bereitgestellte Güter begrenzt ist, sondern prinzipiell alle Arten von Vorteilen einbezieht. Außerdem berücksichtigt sie, dass die Menge der für eine bestimmte Tätigkeit erforderlichen Güter stark mit individuellen Voraussetzungen (z.B. bei körperlichen Einschränkungen) und dem sozio-ökonomischen Kontext variieren kann. Dies kommt z.B. darin zum Ausdruck, dass die Lebenserwartung nur bedingt mit dem pro-Kopf-Einkommen korreliert, wie Sen anhand des Vergleichs zwischen dem indischen Bundestaat Kerala und afro-amerikanischen Bevölkerungsgruppen in den USA nachweist³⁸.

Ein weiterer Ansatz, dem es um die Ausrichtung an Zielen anstelle von Mitteln geht, kommt aus der ökonomischen Glücksforschung. Diese konnte in zahlreichen empirischen Studien nachweisen, dass die subjektiv erfahrene Lebenszufriedenheit überhaupt nur verhältnismäßig schwach vom Einkommen abhängt (im Sinne des statistischen Bestimmtheitsmaßes, d.h. ein wie großer Anteil der Varianz der Lebenszufriedenheit durch

³⁶ Nussbaum (2000).

³⁷ Sen (2007/2002).

³⁸ Ebenda (S. 33ff).

Einkommensunterschiede statistisch „erklärt“ werden kann), jedenfalls deutlich weniger als z.B. von der Anzahl Freunde oder von Arbeitslosigkeit.³⁹ In dem Maße, in dem das Einkommen mit der Lebenszufriedenheit korreliert, lässt sich außerdem ein Relativeinkommen-Effekt feststellen, also das Phänomen, dass die Lebenszufriedenheit nicht oder nicht ausschließlich davon abhängt, wie hoch mein Lebensstandard absolut betrachtet ist, sondern vielmehr davon, in welchem Verhältnis er relativ zu meinen Ansprüchen und den gesellschaftlichen Anforderungen steht.⁴⁰ In dem Maße, in dem Einkommenssteigerungen diesem Effekt unterliegen, ist Wirtschaftswachstum folglich ein Nullsummenspiel, da der positive Effekt eines höheren Lebensstandards durch den Anstieg des Bewertungsmaßstabs zunichte gemacht wird.

V. Plausibilität von Wirtschaftswachstum als Ziel

Um nun zu der Beantwortung der Frage nach dem angemessenen systematischen Stellenwert von Wirtschaftswachstum vorzudringen, ist es zunächst aufschlussreich, die Voraussetzungen zu bestimmen, unter denen Wirtschaftswachstum ein sinnvolles (operationales) Ziel sein könnte. Grundsätzlich lassen sich dabei drei denkbare Möglichkeiten unterscheiden, in welchem Sinne Wirtschaftswachstum ein sinnvolles Ziel wäre bzw. sein könnte.

Erstens und idealerweise ist das, was als übergeordnetes Ziel angestrebt wird, von überragendem *intrinsischem Wert*. Wenn Einigkeit darüber bestünde, dass die Maximierung von Wirtschaftswachstum an und für sich uneingeschränkt erstrebenswert und damit letztlich identisch mit guter Entwicklung ist, bliebe als einziges Problem die positive Frage nach der effektivsten Strategie, um dieses Ziel zu erreichen. In etwas abgeschwächter Form könnte Wirtschaftswachstum im Rahmen einer „inclusive end“-Konzeption des Guten als eines unter mehreren Zielen von intrinsischem Wert angesehen werden, das dann prinzipiell unter dem Vorbehalt erstrebenswert wäre, dass keine unverhältnismäßige negative Auswirkungen auf andere intrinsische Ziele entstehen. Ein solches Verständnis wäre also bereits eine erhebliche Relativierung des Status von Wirtschaftswachstum.

Zweitens würden ganz ähnliche Implikationen entstehen, wenn Wirtschaftswachstum unmittelbar mit einem intrinsischen Ziel korrelierte,

³⁹ Campbell, Converse und Rodgers (1976, S. 368).

⁴⁰ Frank (1997).

also ein zuverlässiger *Indikator für gute Entwicklung* wäre, auch wenn Wirtschaftswachstum selbst kein intrinsischer Wert zukäme. Grundsätzlich wäre natürlich eine perfekte Korrelation zwischen Indikator und dem dahinter stehenden Desideratum wünschenswert, aber pragmatischerweise kann natürlich auch ein unvollkommener Indikator sinnvoll sein, solange er zur Lösung des Problems beiträgt, ein an sich nicht messbares Ziel zu erreichen. Das Kriterium muss also sein, ob der Indikator hinreichend mit dem eigentlichen Ziel korreliert und wie gut oder schlecht alternative Herangehensweisen im Vergleich wären.

Drittens wäre es auch dann sinnvoll, Wirtschaftswachstum anzustreben, wenn es eine *notwendige Voraussetzung* für ein übergeordnetes Ziel wäre. In diesem Fall wäre Wirtschaftswachstum zwar nicht selbst ein intrinsisches Ziel, aber die Wünschbarkeit, *ceteris paribus*, von Wirtschaftswachstum dürfte dann nicht mehr in Frage stehen. Auch wenn es natürlich vorzuziehen wäre, das übergeordnete Ziel direkt anzustreben, kann es wie bei jedem Indikator aus pragmatischen Gründen z.B. der Messbarkeit oder der Operationalisierbarkeit sinnvoll sein, zunächst konkret messbare notwendige Voraussetzungen als (Zwischen-)Ziel anzupeilen, auch wenn damit noch nicht sichergestellt ist, dass das übergeordnete Ziel erreicht werden wird. In diesem Sinne ist offenbar die oben wiedergegebene Position Angela Merkels zu verstehen, dass Wachstum nicht alles, aber ohne Wachstum alles nichts sei.

Wie plausibel ist es nun, dass Wirtschaftswachstum einem dieser drei Modelle entspricht? Die erste Möglichkeit kann ohne Umschweife verworfen werden: kein ernstzunehmender Politiker oder Ökonom wird jemals behaupten, dass die Maximierung von Wirtschaftswachstum alle denkbaren Ziele in einer optimalen Güterabwägung integriert. Aber auch in der abgeschwächten Form (Wirtschaftswachstum als eines unter mehreren intrinsischen Zielen) bleibt diese Konzeption unplausibel, solange man von einem intrinsischen Ziel verlangt, dass es ein irreduzibler inhaltlicher Bestandteil einer Konzeption des guten Lebens bzw. guter Entwicklung sei. Der entscheidende Grund dafür ist, dass Wirtschaftswachstum keine substanzielle lebensweltliche Bedeutung hat, sondern als eine hochaggregierte Kennzahl eine Vielzahl von z.T. gegensätzlichen Veränderungen (im Sinne von „schöpferischer Zerstörung“⁴¹ aber auch in Bezug auf grundsätzlich vermeidbare Nebenwirkungen) innerhalb einer Volkswirtschaft saldiert. Wirtschaftswachstum hat also unausweichlich

⁴¹ Schumpeter (2005, S. 81).

Gewinner und Verlierer, so dass mit der Zielsetzung von Wirtschaftswachstum letztlich der Anspruch erhoben wird, damit die optimale Güterabwägung zwischen letzten, intrinsischen Gütern (einschließlich der moralischen Rechte von Individuen) zu treffen. Wirtschaftswachstum hat also intrinsische Werte zum Gegenstand und kann somit nicht selber ein intrinsisches, sondern von vornherein höchstens ein von intrinsischen Werten abgeleitetes operationales Ziel sein.

Die damit bereits angesprochene zweite Möglichkeit, nämlich Wirtschaftswachstum als Indikator stellvertretend für ein intrinsisches Ziel anzustreben, ist zwar mit den bereits genannten Einschränkungen verbunden, die einem pragmatischen Kompromiss geschuldet sind, aber solange diese Einschränkungen anerkannt und transparent gemacht werden, ist systematisch nichts dagegen einzuwenden. Allerdings stellt sich dann noch die Frage nach der inhaltlichen Angemessenheit dieses Indikators. Das einzige in Frage kommende intrinsische Ziel ist eine stetige Zunahme des durchschnittlichen Konsums, die aber, wenn überhaupt, üblicherweise nur als nachrangiges Ziel angeführt wird. Grundsätzlich ist Wirtschaftswachstum aber ein durchaus geeigneter Indikator für die Zunahme des Konsums, der nur noch verhältnismäßig einfachen Korrekturen bzw. Anpassungen zu unterziehen wäre, z.B. in Hinblick auf defensive Ausgaben oder Verteilungswirkungen.

Alle anderen für Wirtschaftswachstum ins Feld geführten Vorteile sind derart kontingent, dass Wirtschaftswachstum einen nur sehr bedingt aussagekräftigen Indikator abgeben würde. Zudem stehen für diese Vorteile relevantere Kennzahlen zur Verfügung, wie etwa Zahlen zur Arbeitslosigkeit, zur Einkommensverteilung oder zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, so dass Wirtschaftswachstum auch nicht als pragmatische Vereinfachung erhalten muss. Ob der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und gewissen intrinsischen Zielen stark genug ist, um Wirtschaftswachstum als operationales Ziel zu rechtfertigen, ist aber letztlich eine Ermensfrage.

Bei der dritten Möglichkeit kommt es darauf an, ob Wirtschaftswachstum tatsächlich eine notwendige Voraussetzung für die Erreichung der angeführten intrinsischen Ziele ist. Bis auf das nur verhalten vertretene Ziel einer Zunahme des Konsums, das tatsächlich Wirtschaftswachstum erfordert (unter der Voraussetzung einer konstanten oder auch wachsenden Bevölkerung) ist nicht zu sehen, dass eines der angeführten Ziele systematisch davon abhängt, dass die Wirtschaft wächst. Dass dies dennoch eine verbreitete Vorstellung ist, mag damit zu erklären sein, dass gewisse Umstände als gegeben vorausgesetzt werden, unter denen

Wirtschaftswachstum tatsächlich zu einer notwendigen Bedingung für (bzw. Begleiterscheinung von) z.B. Beschäftigung wird. Insbesondere ist dies der Fall, wenn als gegeben vorausgesetzt wird, (i) dass stetiger technologischer Fortschritt stattfindet und dieser auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität durchschlägt, dass (ii) die durchschnittliche Jahresarbeitszeit sowie (iii) die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter konstant bleiben (d.h. statische Alterspyramide) und dass (iv) der Kapitalstock unverändert bleibt. In der Summe führen diese Voraussetzungen (auf die ich weiter unten noch einmal zurückkommen werde) dazu, dass ein Anstieg der Arbeitslosenquote nur dann vermieden werden kann, wenn die Wirtschaft wächst, wobei Wirtschaftswachstum in diesem Zusammenhang wohlgermerkt als Begleiterscheinung und nicht als Ursache zu verstehen ist.

Im Zusammenhang mit anderen Zielen, die durch Wirtschaftswachstum zu erreichen sein sollen, kommen weitere Voraussetzungen hinzu. So wird bei der Frage der Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Haushalte vorausgesetzt, dass die Kosten steigen werden, aber es wird dabei nicht gesehen, dass diese erwarteten Kostensteigerung wiederum zumindest teilweise eine Folge von Wirtschaftswachstum sind. Ähnlich wird erwartet, dass sich die Lebensqualität zumindest derjenigen am unteren Ende der Einkommensverteilung im Zuge eines allgemeinen Anstiegs der Löhne verbessert, ohne dass in Betracht gezogen wird, dass ein allgemeiner Anstieg der Lebensstandards wiederum zu einem Anstieg der Konsumanforderungen führt. Im Grunde wird also zirkulär argumentiert, dass Wirtschaftswachstum erforderlich ist, um die Folgen von Wirtschaftswachstum zu bewältigen.

Die Verwendung eines Indikators, der nur unter bestimmten Voraussetzungen mit dem eigentlich angestrebten Ziel korreliert oder der allenfalls Mittel zum Zweck ist, ist vor allem deshalb bedenklich, weil damit Denkblockaden errichtet werden, die den Weg zu möglichen Lösungswegen verschließen. Insbesondere wird nicht hinterfragt, ob die angenommenen Voraussetzungen tatsächlich gegeben sind oder ob diese selber zum Gegenstand der Diskussion zu machen sind. Ein bedrückend triviales Beispiel dafür ist z.B. die Bewertung der Entwicklung der japanischen Wirtschaft über die letzten zehn Jahre durch die überwältigende Mehrheit der Ökonomen, die von einer zweiten „verlorenen Dekade“ sprechen (die erste verlorene Dekade der 90er Jahre ist weniger problematisch). Zu diesem Schluss kommen sie offenbar aufgrund des langsamen Wirtschaftswachstums, das mit durchschnittlich 0,8% nur die Hälfte des Wirtschaftswachstums der USA (1,6%) betrug und immer noch weniger als das Wirtschaftswachstum der Euro-Zone (1,1%). Setzt man diese Zahlen jedoch ins Verhältnis zur

Bevölkerungsentwicklung, zeigt sich, dass Japan ein höheres Wachstum des pro-Kopf BIP hatte (0,75%) als die USA (0,65%) oder die Euro-Zone (0,55%). Insbesondere hat auch die Arbeitslosenquote in Japan weniger zugenommen als in den USA oder der Euro-Zone und beträgt nur knapp die Hälfte dieser Länder.⁴² Der Fokus auf Wirtschaftswachstum suggeriert hier eine Krise, die offenbar gar keine ist.⁴³

Aber unabhängig von dem schwachen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und den Merkmalen guter Entwicklung würde die Beschränkung auf einen einzigen Indikator problematisch sein. Oben wurde bereits die Kritik am ethischen Reduktionismus dargelegt, nach der im Rahmen einer „inclusive end“-Konzeption des Guten Güterabwägungen prinzipiell nicht mit letzter Bestimmtheit beurteilt werden können. Vertreter einer „dominant end“-Konzeption begegnen diesem Einwand in der Regel mit dem Argument, dass das Gute ohne vollkommene Kommensurabilität von Werten inkonsistent und beliebig wäre.⁴⁴ Aber selbst im Rahmen einer solchen reduktionistischen Konzeption ist der Anspruch, der mit der Orientierung an einem einzigen Wohlfahrtsindikator erhoben wird, höchst unplausibel: nämlich dass dieser eine Indikator alle denkbaren Güterabwägungen implizit (weitgehend) richtig beurteilt. Da in einer solchen Sichtweise auch Gerechtigkeitsanforderungen unter das eine *summum bonum* subsumierbar sein müssen, muss es zumindest prinzipiell auch möglich sein, Verteilungsfragen und Fragen der intergenerationalen Gerechtigkeit quantitativ zu integrieren. Zum Beispiel müsste der Indikator dann so angepasst werden, dass die Auswirkungen auf die Zukunft in Form einer Gegenwartswert-Rechnung saldiert werden (was in der Wohlfahrtsökonomik und insbesondere in der Kosten-Nutzen-Analyse natürlich gang und gäbe ist). Wie gesagt, dass das prinzipiell möglich sein muss, folgt direkt aus den Annahmen des „dominant end“-Paradigmas – aber einem real existierenden Indikator auch nur annähernd derartige Eigenschaften zuzutrauen, erfordert geradezu kindliches Urvertrauen.

1. Der systematische Stellenwert von Wirtschaftswachstum

Nachdem nun mit einiger Ausführlichkeit dargelegt wurde, was dagegen spricht, Wirtschaftswachstum (bzw. ein beliebiges anderes Konzept) als

⁴² The Economist (2011).

⁴³ Damit soll freilich nicht gesagt sein, dass das Wachstum des pro-Kopf-Einkommens die richtige Zielgröße wäre, sondern lediglich, dass sich selbst erfahrene Ökonomen durch den ausschließlichen Fokus auf gesamtwirtschaftlichem Wachstum selbst nach wohlfahrtsökonomischen Beurteilungskriterien fundamental in die Irre führen lassen.

⁴⁴ Z.B. Annas (1993, S. 31ff).

einziges Ziel anzustreben, bleibt noch zu erörtern, wie denn die Zielsetzung gesellschaftlicher Entwicklung stattdessen zu konzipieren ist und welcher Stellenwert Wirtschaftswachstum in einer solchen Konzeption zukommt.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass im Rahmen einer – auch vom Schreibenden vertretenen – „inclusive end“-Konzeption die Vorstellung von einem einzigen Ziel, das alle Güterabwägungen genau richtig anzugeben vermag, zu ersetzen ist durch eine unbestimmte Konzeption des Guten, in der Güterabwägungen letztlich in einer Gegenüberstellung von guten Gründen als Ergebnis einer nicht bis ins Letzte objektivierbaren – aber damit keineswegs beliebigen – unparteilichen Beurteilung zu treffen sind. Dabei sind im Gegensatz insbesondere zum Utilitarismus auch deontologische Gründe zu berücksichtigen, z.B. Überlegungen zur moralisch zumutbaren Verpflichtung zu Konsumeinschränkungen im Lichte historischer Verantwortung.

Wenn es also mehrere inkommensurable intrinsische Ziele gibt, ist es zunächst einmal geboten, diese auch explizit zu benennen und erforderlich werdende Güterabwägungen transparent zu machen und zur Diskussion zu stellen.⁴⁵ Natürlich ist es prinzipiell auch vertretbar, diese Güterabwägungen im Sinne der Erfordernis von „deliberativer Wirtschaftlichkeit“⁴⁶ zu einem gewissen Grad zu vereinfachen, aber dann ist diese Vereinfachung selber transparent zu machen und grundsätzlich zur Disposition zu stellen. Insbesondere muss jemand, der zwecks Vereinfachung ein übergeordnetes Ziel als Indikator vertritt, angeben können, was genau dieses Ziel erstrebenswert macht. Im Falle von Wirtschaftswachstum müsste diese Person also beispielsweise angeben, dass es ihr eigentlich um die Vermeidung von Arbeitslosigkeit, die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme etc. geht, und wenn sich zeigt, dass diese Ziele auf anderem Wege besser erreicht werden können, wäre dieser Indikator zu verwerfen oder zumindest zu relativieren. Darüber hinaus wären Fragen der Verteilungsgerechtigkeit sowie der Generationengerechtigkeit als integrale Anforderungen an gute Entwicklung in einem umfassenden Sinne (verstanden als „inclusive end“) stets mitzudenken.

Wirtschaftswachstum würde in einer solchen Konzeption kein privilegierter Stellenwert zukommen – und zwar weder in einer positiven noch in einer negativen Bedeutung. Denn auch diejenigen, die wirtschaftliche Stagnation oder negatives Wirtschaftswachstum fordern, begehen im Grunde den gleichen Fehler, nämlich einen Indikator zu einem substanziellen Ziel zu

⁴⁵ Vgl. Miegel (2010, S. 55).

⁴⁶ Dryzek (2001, S. 652).

überhöhen, geradezu so, als würde Wirtschaftswachstum etwas an sich Schlechtes sein. Wenn es diesen Kritikern beispielsweise um ökologische Nachhaltigkeit aus Gerechtigkeitsüberlegungen geht, dann sollte eben das als Ziel formuliert werden. Selbst wenn ökologische Nachhaltigkeit in der Praxis tatsächlich nicht mit Wirtschaftswachstum vereinbar sein sollte, wäre Nullwachstum lediglich eine *Folge* der richtigen Entscheidungen. Sich explizit gegen Wirtschaftswachstum auszusprechen birgt dann vor allem die Gefahr, in Diskussionen um die Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit hineingezogen zu werden, die wenig ergiebig sein dürften, weil Wirtschaftswachstum eben lediglich ein abgeleiteter Indikator ist. Sehr wohl von Belang wäre es, die Vereinbarkeit von nachhaltiger Entwicklung und anderen substanziellen Zielen wie Beschäftigung oder sozialem Frieden zu diskutieren, aber wie hoch das Wirtschaftswachstum bei nachhaltiger Entwicklung ausfällt, wäre – abgesehen von der damit zum Ausdruck kommenden Entwicklung des Konsums – eine weitgehend irrelevante Erkenntnis.

2. Technologischer Fortschritt = Wachstum?

Das vielleicht gewichtigste Argument gegen die oben vertretene Position, dass Wirtschaftswachstum keine notwendige Voraussetzung bzw. Begleiterscheinung für gute Entwicklung (insbesondere für die Vermeidung eines Anstiegs der Arbeitslosigkeit) ist, besteht in dem Hinweis auf die Unvermeidlichkeit technologischen Fortschritts. Es ist sicherlich zutreffend, dass in jeder auch nur ansatzweise freien Wirtschaft der Moderne jedes Jahr aufs Neue unaufhaltsam Produkte und Produktionsprozesse verbessert werden und somit die potenzielle Arbeitsproduktivität erhöhen. Daraus folgt aber nicht, dass eine Zunahme der Arbeitslosigkeit nur dann verhindert werden kann, wenn die Wirtschaft wächst. Es gibt nämlich noch mindestens zwei weitere durchaus gangbare Optionen, wie zunehmende Produktivität und eine Stagnation des BIP einhergehen können.

Zum einen würde eine Reduktion der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit, die prozentual genau dem Anstieg der Arbeitsproduktivität entspricht, dazu führen, dass die Wirtschaft stagniert, ohne dass die Arbeitslosigkeit zunehmen müsste.⁴⁷ Eine Reduktion der Arbeitszeit unter Inkaufnahme von weniger Wachstum hat ja insbesondere in den 60er und 70er Jahren in den wohlhabenden Ländern stattgefunden, wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß (das z.B. an den erstaunlichen Unterschieden in

⁴⁷ Siehe z.B. Jackson (2011).

der Anzahl der Urlaubstage von US Amerikanern und den meisten europäischen Ländern abzulesen ist). Diese Strategie kann also in gewissem Sinne als bereits bewährt gelten, aber sie ist auch begrenzt, da es fraglich ist, ob die Mehrheit der Menschen wirklich weniger als, sagen wir, 30 Stunden pro Woche arbeiten möchte und ob sie ihrer Freizeit so viel abgewinnen können, wenn Ihnen der Kontrast mit einer herausfordernden Tätigkeit fehlt.⁴⁸

Die zweite Option bestünde darin, in bestimmten Bereichen eine Verringerung der tatsächlichen Arbeitsproduktivität bewusst in Kauf zu nehmen, indem z.B. nachhaltigere Formen der Energieerzeugung genutzt werden, die (zumindest kurzfristig) weniger wirtschaftlich als Kohle oder Gas (oder Kernenergie) sind. Ein ehrgeiziges gesamtwirtschaftliches CO₂-Emissionsziel beispielsweise könnte genau diesen Effekt des freiwilligen Verzichts auf die wirtschaftlichsten Technologien haben, in dessen Folge die gesamtwirtschaftliche Produktivität, das BIP und die Beschäftigung unverändert bleiben, auch wenn sich hinter dieser scheinbaren Stagnation „mutwillige“ Produktivitätsverluste in der Energiebranche bei gleichzeitigen Produktivitätszuwächsen in anderen Branchen verbergen. Technologischer Fortschritt ist also tatsächlich äußerst hilfreich bei der Bewältigung der Herausforderung nachhaltiger Entwicklung, aber er führt nicht zwangsläufig zu Wirtschaftswachstum, und wir brauchen eben nicht Wirtschaftswachstum sondern Produktivitätswachstum, um uns diese weniger wirtschaftlichen Produktionsformen leisten zu können.⁴⁹ In der Praxis nährt sich der Widerstand gegen einen derartigen verordneten Produktivitätsverzicht ironischerweise vor allem aus der Befürchtung, dass dies das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen wird. Was vollkommen korrekt ist – aber worin besteht das Problem?

⁴⁸ Siehe auch Keynes (1972/1928, S. 328).

⁴⁹ Anders als z.B. von Koerber (2008, S. 265) argumentiert.

Literaturverzeichnis

- Annas, Julia (1993), *The Morality of Happiness*, New York: Oxford University Press.
- Aristoteles (1998), *Die Nikomachische Ethik*, 3. Aufl., München: DTV.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse und Willard L. Rodgers (1976), *The Quality of American Life*, New York: Russell Sage Foundation.
- Costanza, Robert und Herman E. Daly (1987), „Toward an Ecological Economics“, *Ecological Modelling*, 38(1-2): 1–7.
- Daly, Herman E. (1974), „The economics of the steady state“, *The American Economic Review*, 64(2): 15–21.
- Dryzek, John S. (2001), „Legitimacy and Economy in Deliberative Democracy“, *Political Theory*, 29(5): 651–69.
- Frank, Robert H. (1997), „The Frame of Reference as a Public Good“, *The Economic Journal*, 107(November): 1832–47.
- Friedman, Benjamin M. (2005), *The Moral Consequences of Economic Growth*, New York: Vintage Books.
- Hardie, William F. R. (1965), „The Final Good in Aristotle's Ethics“, *Philosophy*, 40(154): 277–95.
- Huschka, Denis und Gert G. Wagner (2010), „Sind Indikatoren zur Lebensqualität und zur Lebenszufriedenheit als politische Zielgrößen sinnvoll?“, RatSWD Working Paper Series Nr. 43.
- Jackson, Tim (2011), *Prosperity without Growth*, London: Earthscan.
- Kassenboehmer, Sonja C. und Christoph M. Schmidt (2011), „Beyond GDP and Back: What is the Value-Added by Additional Components of Welfare Measurement?“, RatSWD Working Paper Series Nr. 167.
- Keynes, John M. (1972/1928), „Economic Possibilities for our Grandchildren“, in: *Collected Writings*, hrsg. von John M. Keynes, S. 321–32, London: Royal Economic Society/Macmillan Press.
- Kroll, Christian (2011), „Wie wollen wir zukünftig leben? Internationale Erfahrungen bei der Neuvermessung von Fortschritt und Wohlergehen“, RatSWD Working Paper Series Nr. 186.
- Krugman, Paul und Maurice Obstfeld (2006), *Internationale Wirtschaft: Theorie und Politik der Außenwirtschaft*, 7. Aufl., München: Pearson Studium.
- Krupp, Hans-Jürgen und Wolfgang Zapf (2011/1972), „Die Rolle alternativer Wohlstandsindikatoren bei der Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“, RatSWD Working Paper Series Nr. 171.
- Layard, Richard (1980), „Human Satisfaction and Public Policy“, *The Economic Journal*, 90(360): 737–50.
- Meadows, Donella H., Dennis L. Meadows, Jorgen Randers und William W. Behrens (1972), *The Limits to Growth*, New York: Universe Books.
- Merkel, Angela (2003), Rede der Vorsitzenden der CDU Deutschlands auf dem 17. Parteitag der CDU Deutschlands am 1. Dezember 2003 in Leipzig. <http://www.cdusz.de/nachrichten/200407131146272.pdf> (abgerufen 14. Oktober 2011).
- Miegel, Meinhard (2010), *Exit: Wohlstand ohne Wachstum*, 2. Aufl., Berlin: Propyläen.
- Miegel, Meinhard und Thomas Petersen (2008), *Der programmierte Stillstand*, München: Olzog.
- Neumayer, Eric (2003), *Weak versus strong sustainability*, 2. Aufl., Cheltenham: Elgar.
- Nussbaum, Martha C. (2000), *Women and Human Development: The Capabilities Approach*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Paqué, Karl-Heinz (2010), *Wachstum!*, München: Hanser.
- Porter, Michael E. (1998), *The Competitive Advantage of Nations*, New York: Free Press.
- Rawls, John (1999/1971), *A Theory of Justice*, Oxford: Oxford University Press.
- Schumpeter, Joseph A. (2005), *Capitalism, Socialism and Democracy*, London: Routledge.
- Sen, Amartya K. (1995), *Inequality Reexamined*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Sen, Amartya K. (2007/2002), *Ökonomie für den Menschen*. 4. Aufl., München: DTV.

- Stiglitz, Joseph E., Amartya K. Sen und Jean-Paul Fitoussi (2009), „Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress.“. http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf.
- The Economist (2011), „Whose lost decade?“, The Economist, 19. November 2011, <http://www.economist.com/node/21538745>.
- van Suntum, Ulrich und Oliver Lerbs (2011), „Theoretische Fundierung und Bewertung alternativer Methoden der Wohlfahrtsmessung“, RatSWD Working Paper Series Nr. 181.
- Vanoli, André (2010), „On the Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“, RatSWD Working Paper Series Nr. 162.
- von Koerber, Eberhard (2008), „Chancen oder neue Grenzen des Wachstums?“, in Weder di Mauro, Beatrice: *Chancen des Wachstums. Globale Perspektiven für den Wohlstand von morgen*, S. 249–68, Frankfurt/Main: Campus-Verl.